

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/020(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 06.04.2021	Altes Rathaus Ratssaal	16:30 Uhr	19:40 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Aktuelle Schulschließungen und Quarantäne-Maßnahmen in
Magdeburg
BE: Herr Dr. Hennig
- 4 Bericht Stadt Eltern- und Stadtschülerrat
BE: StER, StSR
- 5 Sachstand Umsetzung Neubau und Sanierung von Schulen
BE: KGm
- 6 Sachstand Übergang Klasse 4 zu Klasse 5 SJ 2021/22
BE: FB 40
- 7 Aktivitäten im Sportbereich
BE: FB 40

8	Beschlussvorlagen	
8.1	Grundsatzbeschluss zur Bewerbung für die 24. Junioren IHF Handball Weltmeisterschaft 2023 BE: FB 40	DS0077/21
8.2	Raum- und Funktionsprogramm für den Neubau der 5-zügigen Gemeinschaftsschule „Thomas Mann“ BE: FB 40	DS0109/21
9	Anträge	
9.1	Verbesserung der Luftqualität an Schulen	A0255/20
9.1.1	Verbesserung der Luftqualität an Schulen BE: KGm	S0060/21
10	Informationen	
10.1	Sachstand Umsetzung Beschlüsse zu Kapazitätserweiterungen von Schulen BE: FB 40	I0066/21
11	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzender

Christian Hausmann

Mitglieder des Gremiums

Jürgen Canehl

Bernd Heynemann

Dennis Jannack

Ronny Kumpf

Carola Schumann

Marcel Guderjahn i. V.

Sachkundige Einwohner/innen

Matthias Stübig

Katja von Hagen

Geschäftsführung

Diana Dreyer

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Roland Zander

Sachkundige Einwohner/innen

Nils Falkenberg

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die sachkundigen Einwohner, die Verwaltung, die Kinderbeauftragte Frau Thäger, den Amtsarzt Herrn Dr. Hennig, den Stadtelternrat sowie Herrn Rieß von der Volksstimme.

Mit 7 anwesenden Stadträten ist der Ausschuss beschlussfähig. **Stadtrat Guderjahn** verlässt die Sitzung 18:30 Uhr.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 10.1 auf TOP 3 vorzuziehen. Die Ausschussmitglieder stimmen der so geänderten Tagesordnung zu.

Der Vorsitzende informiert, dass aus personaltechnischen Gründen im FB 40 die Niederschrift der letzten Sitzung erst zur nächsten Sitzung vorliegen kann.

3. Aktuelle Schulschließungen und Quarantäne-Maßnahmen in Magdeburg

Herr Dr. Hennig möchte zunächst auf die allgemeine Situation eingehen. Derzeit ist die Inzidenz in Magdeburg auf unter 100 gesunken. Es gibt keine größeren Hotspots. Die Ansteckungen erfolgten überwiegend im privaten Bereich und teilweise im Arbeitsumfeld. Die vorherrschende britische Mutation führt zu erhöhter Ansteckung – es reichen wenige Minuten Face-to-Face-Kontakt aus. Dem muss man Rechnung tragen. In Magdeburg wird die 14tägige Quarantäne rigoros umgesetzt. Die früher mögliche Arbeitsquarantäne kann bei der nun vorherrschenden britischen Variante nicht mehr angewendet werden. Die Intensivstationen der Kliniken in Magdeburg laufen derzeit voll trotz sinkender Inzidenz. Das bereitet Sorgen. Die sinkende Inzidenz kann auch durch weniger Testungen über die Osterfeiertage erklärt werden. Die Zukunft ist nicht absehbar. Das Vordringlichste ist nach wie vor, die Infektionsketten zu verfolgen.

Bezüglich der Schulen weist **Herr Dr. Hennig** darauf hin, dass die Schulen soweit wie möglich geöffnet bleiben sollen. Die Frage ist, wie Schule funktionieren kann, ohne dass die Schule zur Gefahr wird. Momentan befinden sich 250 Schüler*innen und 22 Erwachsene in Quarantäne. Grundsätzlich setzt sich das Gesundheitsamt bei einem positiven Test mit der Schulleitung in Verbindung und klärt die Definition, was eine Kontaktperson ist. Die Schule muss dann ermitteln, wer Kontaktperson war. Dies ist der Fall bei direktem, ungeschütztem Kontakt über mehrere Minuten. Bei Tragen einer FFP2-Maske wird keine Quarantäne angeordnet. Diese schützt vor Ansteckung. Normale Mund-Nasen-Bedeckungen schützen dagegen nicht vor Ansteckung und Quarantäne wird bei direktem Kontakt angeordnet. Es gibt allerdings für die Schüler*innen keine Pflicht, eine FFP2-Maske zu tragen. Grundsätzlich sollen ganze Klassenverbände nicht mehr in Quarantäne gehen. Ein Problem ist auch, dass in Lehrerzimmern nicht immer Masken getragen werden und so dann viele Lehrer*innen in Quarantäne müssen und auf Distanzunterricht umgestellt werden muss.

Die Pflicht zum Testen an Schulen gilt ab dem 12.04.2021. Der organisatorische Ablauf muss noch geklärt werden und ob zu Hause oder in der Schule getestet werden soll. In den Schulen werden Schnelltests ausgegeben.

Diese sind allerdings bei positivem Ergebnis im Gegensatz zu Schnelltests nicht meldepflichtig. Trotzdem sind diese Tests ein gutes Mittel, um Positive zu ermitteln.

Stadtrat Kumpf fragt nach, wie es sein kann, dass eine Schule sich selbst schließen kann. Dies findet er von den Lehrern unverantwortlich. Warum gibt es für Schulen nicht strengere Vorschriften – wie z.B. in Kitas?

Herr Dr. Hennig weist darauf hin, dass die Hygienepläne der Schulen nicht mit dem Gesundheitsamt abgestimmt sind. Er macht aber deutlich, dass auch Symptome wie Halsschmerzen und Schnupfen dazu führen müssen, dass nicht zur Schule gegangen wird.

Stadtrat Kumpf möchte wissen, ob das Gesundheitsamt einen Leitfaden für die Schulen erarbeiten kann. **Herr Dr. Hennig** wird das Thema morgen auf der Beratung mit den Landesamtsärzten und auf der Pressekonferenz ansprechen.

Frau Dr. Kirstein informiert, dass es bei den Eltern eine breite Palette von Ablehnung bis Zustimmung der Selbsttestung gibt. Der Stadtelternrat dringt darauf, dass die Selbsttests besser vermarktet werden, damit die Eltern diese annehmen. Es muss den Eltern erklärt werden, dass das die Grundvoraussetzung für das Offenhalten der Schulen ist.

Herr Dr. Hennig weist darauf hin, dass die Verantwortung bei den Eltern liegt und diese mitteilen müssen, wenn das Kind positiv getestet wurde. Darauf muss man sich verlassen.

Stadträtin Schumann ist der Auffassung, dass die Tests Zuhause durchgeführt werden sollten.

Stadtrat Kumpf fragt nach konkreten Zahlen zur damaligen Schließung der Ernst-Wille-Schule.

Herr Dr. Hennig informiert, dass sich 34 Erwachsene in Quarantäne befanden – ausgelöst durch einen positiven Fall.

Stadtrat Jannack zweifelt an, dass das Testen zu Hause funktioniert. Es besteht die Gefahr, dass positiv getestete Kinder zur Schule geschickt werden. Unter Aufsicht und Anleitung der Schule zu testen, findet er sinnvoller. Hierzu sollte die beste Variante mit dem Land gesucht werden. Er macht deutlich, dass gerade die Zahlen im Alter von 4 – 14 Jahren derzeit den höchsten Wert seit Beginn der Pandemie zeigen. Er findet es deshalb problematisch, unter allen Umständen die Schulen offen zu halten.

Herr Dr. Hennig weist darauf hin, dass sich darauf konzentriert werden muss, Masken zu tragen, Abstand zu halten und Kohorten einzuhalten. Ganz wichtiges Kriterium ist das Testen. Kinder stecken sich meist zu Hause an und gehen dann in die Schule. Man kann sich nicht anstecken, wenn sich alle an die Regeln halten.

Frau Dr. Kirstein findet gut, dass es jetzt auch eine 3. Möglichkeit zum Testen gibt, nämlich in Teststationen. Hier ist auch die Privatsphäre der Kinder gewährleistet.

Stadtrat Heynemann kritisiert die hohen Kosten für die Tests. Ein Spucktest kostet ca. 7,50 EUR und ein Selbsttest 3,50 EUR und das dann zweimal die Woche. Auf den Monat hochgerechnet, sind das für viele Eltern zu hohe Kosten. Auch kritisiert er den oft falschen Maskengebrauch. Diese werden oft viel zu lange benutzt und nicht häufig genug gewechselt. Auch hier sind die Kosten ein wesentlicher Faktor.

Der Vorsitzende dankt Herrn Dr. Hennig für seine Ausführungen.

4. Bericht Stadteltern- und Stadtschülerrat

Frau Dr. Kirstein informiert aus dem aktuellen Aufnahmeverfahren, dass dieses Jahr viele Schüler*innen das Gymnasium wählen. Die Gemeinschaftsschulen sind schlecht aufgestellt, was z. B. Online-Video-Konferenzen anbelangt. Hier sollte sich der BSS Gedanken machen, wie man die Gemeinschaftsschulen attraktiver machen könnte.

Herr Stübiger merkt an, dass er die Auswertung des Online-Fragebogen zum digitalen Unterricht nicht erhalten hat und bittet darum, dies nachzuholen und kritisiert, dass oft Unterlagen nicht an die sachkundigen Einwohner verteilt werden.

5. Sachstand Umsetzung Neubau und Sanierung von Schulen

Frau Göcke, KGm, erläutert den aktuellen Sachstand:

Neubau **GS Am Westring**
planmäßiger Ablauf

Erweiterung **GS Brückfeld**
Ausbau läuft, baul. Fertigstellung Ende April 2021

GS Ottersleben – Erweiterungsbau
Baugenehmigung liegt vor. Der Planer ist beauftragt. Baustart September 2021; Nutzung 2023.

GS Diesdorf
Die Ausbauarbeiten laufen planmäßig. Der Umzugstermin soll gehalten werden. Der BSS bittet um einen Besichtigungstermin im Mai, sofern die Pandemiebedingungen dies zulassen. **Stadtrat Canehl** kritisiert, dass er auf seine im SR am 18.02.2021 gestellte Anfrage zur Verkehrssituation noch keine Antwort erhalten hat.

Editha-Gymn.
Fertigstellung Schule und Sporthalle Sommerferien 2021.

GmS. Wille (Ottersleben)
Die Arbeiten an der Sporthalle laufen planmäßig – Fertigstellung Mitte Mai 21
Die defekten Bodenbeläge wurden ausgetauscht.

GS Buckau/Schanzenweg
Hierzu wird auf die aktuelle Stellungnahme der Verwaltung S0107/21 verwiesen.

Weiterführende Schule Winterhafen/Stadtzentrum
Thema wird gesondert behandelt.

GS Fliederhof
Die Arbeiten haben am 01.03.2021 begonnen.

GS Moldenstraße
Bauantrag wird eingereicht bis Ende April 2021.

GmS Goethe
Der Umzug in die Schilfbreite erfolgt; Baugenehmigung liegt vor.

P.-Neruda-Str. 12
Der Bauablauf ist im Plan.

Schule d. 2. Bildungsweges
Der Bauablauf ist im Plan.

SH GS Westerhüsen
planmäßiger Ablauf

GS Westerhüsen
Alle Abstimmungen mit den Nutzern sind erfolgt.

TUS-Sporthalle
Die Bedingungen für das VGV-Verfahren werden nochmals angepasst, damit sich auch kleinere Büros beteiligen können.

Schulhofsanierungen

GS Pechauer Platz

Die Pausenüberdachung wird im April fertiggestellt.

Sportgymnasium

Die Arbeiten an der Außenanlage beginnen erst nach den Abiturprüfungen.

6. Sachstand Übergang Klasse 4 zu Klasse 5 SJ 2021/22

Frau Richter gibt eine Zwischenauswertung des Übergangsverfahrens von Klasse 4 zu Klasse 5 zum Schuljahr 2021/22.

Es lässt sich absehen, dass der Wechsel aufs Gymnasium weiter zunimmt. Die aktuelle Übergangsquote liegt bei 32,3 %.

Insgesamt wurden 7 Losverfahren (3 Gymnasien, 1 IGS, 3 Gemeinschaftsschulen) durchgeführt. Von Losverfahren waren 850 Kinder von derzeit 1.865 erfassten Kindern betroffen (= 45,6 %).

Von den betroffenen 850 Erstwünschen wurden 162 (19 %) direkt über die Geschwisterkindregelung aufgenommen.

Die Power-Point-Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

7. Aktivitäten im Sportbereich

Herr Matz informiert darüber, dass 1,2 Mio. EUR Sportfördermittel ausgeschüttet werden können, u. a. für Unterhaltung und Bewirtschaftung, Instandsetzung und Sanierung und für den Kinder- und Jugendbereich.

Er berichtet, dass am 10.04.2021 unter höchsten Hygieneregeln das Olympia-Qualifikationsschwimmen in der Elbeschwimmhalle stattfinden wird.

Auf Nachfrage von Stadtrat Canehl informiert Herr Matz, dass der Fördermittelbescheid für das Carl-Miller-Bad Anfang 2022 abgewartet werden muss.

8. Beschlussvorlagen

8.1. Grundsatzbeschluss zur Bewerbung für die 24. Junioren IHF Handball Weltmeisterschaft 2023 Vorlage: DS0077/21

Herr Matz bringt die Drucksache ein. Es ist ein Grundsatzbeschluss des Stadtrates zur Bewerbung als lokaler Ausrichter für die 24. Junioren-IHF-Handball-Weltmeisterschaft notwendig.

Der DHB hat mitgeteilt, dass Magdeburg keine Berücksichtigung bei der Bewerbung der Handball-Europameisterschaft 2024 gefunden hat. Gleichzeitig hat der DHB aber die Stadt informiert, dass sie für die U21-Weltmeisterschaft der Männer 2023 sehr gut in Frage kommt. Der Zeitraum ist der 20. – 29. Juni 2023.

Die Verwaltung schätzt ein, dass die Veranstaltung nicht ohne finanziellen Eigenanteil der Stadt durchzuführen ist, der sich aus den Erfahrungen der durchgeführten Weltmeisterschaft der Frauen im Handball auf rund 195.000 EUR beläuft.

Stadträtin Schumann findet die Bewerbung gut. Magdeburg ist Sportstadt und die WM würde der Stadt gut zu Gesicht stehen.

Die Drucksache wird mit **7:0:0 Stimmen** empfohlen.

8.2. Raum- und Funktionsprogramm für den Neubau der 5-zügigen
Gemeinschaftsschule „Thomas Mann“
Vorlage: DS0109/21

Der Vorsitzende schlägt vor, die Drucksache gemeinsam mit der I0066/21 zu beraten. Die Ausschussmitglieder stimmen dem zu. Er macht deutlich, dass auf Seite 3 der Info I0066/21 die Parameter sich insbesondere durch die Gründung der neuen 3-zügigen Gesamtschule und Änderungen des Anwahlverhaltens geändert haben, die 2 kommunale Schulbauten unwahrscheinlich machen.

Frau Stieler-Hinz merkt an, dass der Beschluss zur DS0411/20 als aktueller Stand in der Info dargestellt wurde. Sie macht in dem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass für die Neugründung einer Schule eine gesicherte 6-Zügigkeit für die Genehmigung nötig ist.

Frau Stieler-Hinz informiert über den Kontakt mit der Universität – dazu wurde die I0080/21 erstellt.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Drucksache bis zur Sitzung am 25.05.2021 zurückzustellen, um sie in den Fraktionen zu beraten.

Stadträtin Schumann weist auf den gefundenen Kompromiss hin. Die Zügigkeit für den Winterhafen muss dann angepasst werden. In Bezug auf die Stellungnahme der Kinderbeauftragten ist sie der Meinung, dass sie natürlich zum Thema auch befragt werden muss. Die Finanzen müssen an anderer Stelle begutachtet werden. Der Standort am Winterhafen ist für Kinder optimal.

Stadtrat Heynemann informiert, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr den Standort am Winterhafen befürwortet hat. Seine Fraktion ist der Meinung, dass die Drucksache zu viele Unwägbarkeiten enthält und stimmt für eine Verschiebung.

Stadtrat Canehl stimmt dem zu. Er hebt auch den gefundenen Kompromiss hervor und besteht auf dem Bau einer Schule am Winterhafen. Der Kompromiss soll nicht gefährdet werden. Er vertritt die Auffassung, dass die DS nicht reif ist für eine Beschlussfassung und kritisiert ausdrücklich den Punkt 3 der Drucksache bezüglich der Beantragung von Fördermitteln. Die finanzielle Kostendarstellung durch Kgm in der Drucksache hält er für grundfalsch und er erklärt, dass er etwas vom Bauen versteht und seinen Berechnungen zu glauben ist. Hier werden Sowieso-Kosten mit angeführt und die Kosten für die Sicherung vor Hochwasser sind viel zu hoch gegriffen. Bei Hochwasser könnte die Schule kurzfristig geschlossen werden. Er erwartet, dass die Varianten der Finanzierung geprüft und die Kosten überarbeitet werden. Danach könne über die Drucksache neu diskutiert werden.

Stadtrat Guderjahn stellt den GO-Antrag, die Drucksache nicht weiter zu diskutieren und zur nächsten Sitzung des BSS zurückzustellen.

Stadtrat Kumpf bringt eine Gegenrede ein; er möchte die Drucksache heute weiter inhaltlich besprechen. **Stadtrat Canehl** schließt sich dem an.

Der GO-Antrag wird mit 2:3:1 Stimmen abgelehnt.

Frau Stieler-Hinz macht deutlich, dass durch den Schulneubau am Winterhafen die aufgeführten Kosten entstehen.

Die Entscheidung zum Standort der neuen Schule muss zum Gesamtwohl der Stadt beschlossen werden.

Stadtrat Jannack ist der Meinung, dass die Verwaltung reelle Zahlen angesetzt hat. Man könnte schon viel weiter sein, wenn man nicht am Standort am Winterhafen festhalten würde. Dieser Standort wird seiner Auffassung nach nie für eine Schule geeignet sein. Es sollte lieber ein geeigneter zentrumsnaher Standort gesucht werden.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Kinderbeauftragte von Stadtrat Canehl eine kritische E-Mail erhalten hat, in der er ihr vorhält, dass es ihr nicht zusteht, sich zu Kosten zu äußern. **Der Vorsitzende** stellt klar, dass es der Kinderbeauftragten laut Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg sehr wohl zusteht, unabhängig Stellungnahmen abzugeben und Meinungen zu äußern.

Frau Thäger, Kinderbeauftragte, möchte sich zur Kritik an ihrer Stellungnahme zur Drucksache äußern. Sie informiert, dass ihre Aufgaben durch den Stadtrat klar definiert sind und auch durch die Dienstanweisung des Oberbürgermeisters. Die Kinderbeauftragte gibt Stellungnahmen zu allen Planungen, die Kinder betreffen, ab. Dafür gibt es ein geregeltes Mitzeichnungsverfahren. Sie macht ebenfalls deutlich, dass sie beratendes Mitglied des BSS ist. Aus ihrer Sicht sind die enormen Kosten für den Bau einer Schule am Winterhafen nicht vertretbar. Das Geld muss für alle Kinder in der Stadt genutzt werden.

Stadtrat Kumpf sieht die Aussage von Frau Thäger eindeutig als Ablehnung des Standortes am Winterhafen an. Dies steht ihr als Kinderbeauftragter seiner Meinung nach nicht zu. Er ist gespannt, was eine Schule in der Innenstadt kostet und ob diese genauso viel kostet oder sogar teurer wird.

Frau Dr. Kirstein fragt nach, wann eine private Schule genehmigungsfähig ist; bei 3- oder 4-Zügigkeit? Wie werden die Klassenzüge berechnet? **Herr Stübzig** erläutert, dass die SEPL-Verordnung nur für öffentliche Schulen gilt. **Frau Richter** informiert, dass 7 – 8 Züge á 28 Schüler*innen nachhaltig benötigt werden. Sie macht darauf aufmerksam, dass in der jährlichen Satzung gesteuert werden kann, wo temporär neue Klassen geöffnet werden müssen. Die Kapazitäten werden im Sekundarbereich II gebraucht.

Stadtrat Canehl ist der Meinung, dass der Standort am Winterhafen nicht abgeschrieben ist. In der I0085/20 wurde deutlich, dass die Brisanz im Bereich der weiterführenden Schulen liegt. Im Schuljahr 2025/26 können bereits 326 Kinder nicht untergebracht werden – 2 Jahre später sind es bereits 456 Kinder. Er weiß nicht, wie man beurteilen kann, was danach passiert. Wie kann man davon ausgehen, dass danach die Zahlen wieder fallen? Seiner Meinung nach sollte eine IGS am Standort Listemannstraße gebaut werden und die Schule am Winterhafen.

Frau Richter macht deutlich, dass die Verwaltung die wissenschaftlichen Prognosezahlen des Amtes für Statistik als Grundlage nimmt. Schulbauten sind auch nicht für Spitzenjahre zu planen, sondern müssen nachhaltig benötigt werden.

Stadträtin Schumann macht wiederholt darauf aufmerksam, dass die Zahlen für Ottersleben damals auch nicht gestimmt haben und fragt sich, ob man den Zahlen jetzt vertrauen kann. Sie fragt, ob es nicht rechtlich möglich ist, eine Schule als weiterführende Schule zu bauen und sie dann an dem Bedarf anzupassen.

Frau Richter informiert, dass es Regelungen des Landesschulamtes für die Genehmigung einer neuen Schule gibt, egal, ob es eine IGS oder eine andere Schulform ist. Für die Genehmigungsfähigkeit sollte allerdings festgelegt werden, grundsätzlich wäre aber so zu bauen, dass eine Sekundarstufe II egal welcher Schulform nutzen könnte.

Frau Stieler-Hinz ist auch der Meinung, dass eine weiterführende Schule austauschbar sein sollte. Aber ob eine Schule der Sekundarstufe I oder II gebaut werden soll, ist immens wichtig für die Planung des Neubaus. Dafür ist die neue Landesverordnung gesetzliche Grundlage. Zum jetzigen Zeitpunkt kann man nur berechnete Annahmen machen.

Der Vorsitzende merkt an, dass auch die Kosten mitentscheidend sind und man verantwortungsvoll mit Haushaltsmitteln umzugehen hat. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum nächsten Ausschuss ein Raum- und Funktionsprogramm für 3 - 4 Züge vorzulegen und eine Kostenschätzung hierzu.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen, ob die Drucksache vertagt werden soll. Die Ausschussmitglieder stimmen dem mit **5:0:1 Stimmen** zu.

9. Anträge

9.1. Verbesserung der Luftqualität an Schulen Vorlage: A0255/20

Stadträtin Schumann bringt den Antrag ein. Durch die Stellungnahme sieht sie den Prüfauftrag als erfüllt an.

Sie spricht aus ihrer Erfahrung als Lehrerin, dass das Lüften alle 20 Minuten im Winter den Unterrichtsablauf stört und es stellenweise sehr kalt ist.

Stadtrat Jannack ist der Meinung, dass wir hier für die Gesundheit der Kinder und Lehrer investieren müssen. Stoßlüften allein reicht nicht aus. Er fragt nach, was die beiden Modellprojekte ergeben haben. **Herr Hohmann, KGm**, teilt mit, dass die Ergebnisse noch nicht vorliegen.

Der Antrag wird mit **6:0:0 Stimmen** empfohlen.

9.1.1. Verbesserung der Luftqualität an Schulen Vorlage: S0060/21

Herr Hohmann vom KGm bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Sie wird zur Kenntnis genommen.

10. Informationen

10.1. Sachstand Umsetzung Beschlüsse zu Kapazitätserweiterungen von Schulen Vorlage: I0066/21

Die Information wird vertagt.

11. Verschiedenes

Frau Richter informiert über einen Anruf von Herrn Dr. Gottschalk, V/02, zur Richtlinie über die Ganztagsbetreuung von Kindern.

Die Richtlinie liegt noch nicht vor, die Mittel müssen aber bis zum 31.12.2021 verausgabt werden. Sie schlägt daher vor, den Tagesordnungspunkt am 29.04.2021 gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss zu beschließen. Die Sitzung soll in der IGS „Regine Hildebrand“ stattfinden.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem mit **6:0:0 Stimmen** zu.

Auf die Nachfrage von **Stadtrat Jannack** zur Ausgabe von Laptops an den Schulen erläutert **Frau Richter**, dass noch nicht alle Laptops da sind und macht aber darauf aufmerksam, dass die Ausgabe nur an bedürftige Kinder erfolgt. In 2 – 3 Wochen kann dazu eine Abfrage an den Schulen erfolgen, wo noch Geräte fehlen oder übrig sind.

Herr Sengstock informiert über die Härtefallkommission, die am 13.04.2021, 13:00 Uhr, im FB 40, Beratungsraum im Erdgeschoss, stattfinden wird. Eine gesonderte Einladung hierzu erfolgt nicht.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Christian Hausmann
Vorsitzender

Diana Dreyer
Schriftführerin